

John Braxton vor dem Richter

Autor(en): **Braxton, John**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **65 (1971)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nacht: 'Was können wir tun?' — Ein Christ hat die Möglichkeit, dem Gesetz des Landes zu widerstehen. Jenem Gesetz, das die Kriegstreiber beschützt, gleich wie es hinter den Friedensstiftern her ist. Christen können sich in ihrem Beruf oder in ihrer Nachbarschaft oder in ihren Kirchengemeinden zusammenschließen, sodaß die, welche den Tod betreiben, mit einer soliden Mauer des Gewissens konfrontiert sind. Sie können es den örtlichen Aushebungsbehörden immer schwerer machen, zu funktionieren. . . . Es gibt hundert Arten gewaltlosen Widerstandes, die bis heute gar noch nicht versucht worden sind. Wir können aber nicht den Frieden herbeiführen, wenn nicht viele gute Männer und Frauen ernsthafte und beharrliche und aufopfernde und mutige Taten tun. — Liebe Freunde, liebe Brüder, ich danke euch, daß ihr mich für diese kurze Zeitspanne aufgenommen habt. Ich bitte euch, für alle, die in einem tiefen Konflikt mit dem Gesetz stehen, zu beten. Für die, welche in solchen Zeiten sich von ihren Familien und Freunden trennen mußten, um für sich selbst ein neues Leben zu formen, was ein sehr bescheidener Preis für auch nur ein einziges getötetes Kind ist. Möge der Friede Christi, der den Mutigen und Geduldigen und den Hochgemuten verheißen ist, auch mit euch sein.»

Es gibt Kenner der amerikanischen Situation, die es für unklug halten, daß Pater Berrigan verhaftet wurde. Sein Ansehen bei der jungen Generation ist groß. Ihm würde sie es darum vielleicht abkaufen, daß man nur dann eine menschlichere Gesellschaft aufbauen kann, wenn man vor jeder Gewaltanwendung gegenüber auch nur einem einzigen Menschenleben zurückschreckt. EPD

John Braxton vor dem Richter

Wer ist John Braxton? John Braxton ist ein Mitglied jener amerikanischen Quäkergruppe, die mit ihrem kleinen Schiff «Phönix» vor zwei Jahren Medizinern nach Nord- und Südvietnam brachte. Er wurde vor einiger Zeit wegen Kriegsdienstverweigerung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Vor der Urteilsverkündung sagte der Richter: «Ich habe die größte Hochachtung für seine Haltung». Und Leumundszeugen lehnte er ab mit der Bemerkung: «In diesen Fällen haben wir es mit Menschen höchster Moralität zu tun.» Vor dem Gericht sagte John Braxton:

«Dienst am eigenen Lande, wenn er erzwungen wird, ist Dienst für niemanden. Er ist vielmehr Sklaverei, und als solche hat er keinen Platz in einem freien Lande. — Wenn ich das sage, so bedeutet das, daß es meine Pflicht ist, ihn auch auf die Einberufungsbestimmungen anzuwenden. Schon im Jahre 1812 fragte Daniel Webster im Kongreß: 'Ist die

Wehrpflicht vereinbar mit dem Charakter einer freien Regierung? Ist sie Bürgerfreiheit?' Heute stehe ich vor Gericht als einer von vielen Tausenden Amerikaner, die diese Frage mit Nein beantworten.

Der Status eines Kriegsdienstverweigerers, der mir aufgrund dessen gewährt wurde, daß ich ein weißer Quäker aus dem Mittelstand bin, ist für mich unannehmbar, aus drei Gründen. Erstens, weil ich dieses Vorrecht nicht haben will, das den meisten meiner Altersgenossen verweigert wird. Zweitens will ich nicht teilnehmen an einem System der Sklaverei. Drittens will ich nicht teilhaben an einem System, das den Vietnamkrieg ermöglicht. Ich habe die Wirkungen dieses Systems in Vietnam gesehen, und ich will nichts damit zu tun haben.

Heute weigern sich Tausende meiner Generation, an dieser Unmenschlichkeit mitschuldig zu werden, deren Maschinerie in jede Sphäre unserer Gesellschaft hineingreift. Wir weigern uns, daheim Sklaven zu sein, und weigern uns zu glauben, daß Sklaverei in unserm eigenen Lande Freiheit nach Vietnam, Kambodscha und Laos bringen kann. Wir sagen nein in voller Kenntnis dessen, daß die Regierung und das Militär uns unter Druck setzen werden. Wir wissen, daß wir leiden müssen, um den Kampf für die Gerechtigkeit zu gewinnen.

Anläßlich einer früheren Verurteilung eines Verweigerers rechtfertigte dieses Gericht seinen Spruch mit der Behauptung, er habe die Debatte mit der freien Gesellschaft verloren. Ich stelle fest, daß nicht wir sie verloren haben, sondern die freie Gesellschaft. Die freie Gesellschaft, von der unsere Väter träumten und die sie erreichen wollten, hat kapituliert. Der entscheidende Aspekt der 'Debatte' erschien nicht einmal in den Sitzungen des Kongresses oder in den Straßen unserer Städte. Die Debatte wird auch nicht entschieden durch öffentliche Wahlen. Es sind auch nicht vernünftige Ueberlegungen, die entscheiden. Im Gegenteil: Die Entscheidung fällt im Pentagon und in den Kontoren der großen Gesellschaften, und das, was entscheidet, ist Profit und militärische 'Sicherheit'.

Wir befinden uns in einer Gesellschaft, die es sich leisten konnte, im letzten Jahr für Vietnam pro Sekunde 1000 Dollar auszugeben und mehr als eine Trillion Dollar für Kriegsproduktion seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Aber diese selbe Gesellschaft hält Millionen Staatsbürger buchstäblich unter der Armutsgrenze, und sie wird Hunderte von Tausenden Rüstungsarbeiter arbeitslos machen, wenn einmal der Krieg in Vietnam aufhört, rentabel zu sein. Die gleiche Gesellschaft verweigert Millionen anständige Wohnungen und ärztliche Fürsorge, und sie hat keine Zeit, sich um die Verschmutzung der Luft und des Wassers zu kümmern.

Diese Gesellschaft heftet Menschen die Maske 'Verbrecher' an, wenn sie gezwungen sind zu stehlen, um sich am Leben zu erhalten. Unsere Schulbücher entsetzen sich über die Schrecken der mittelalterlichen englischen Justiz, die Menschen jahrelang in Gefängnissen hielt, weil sie

Brot gestohlen hatten. Die Geschichtsbücher der Zukunft werden mit dem gleichen Entsetzen berichten von der Tötung Schwarzer, die eine Flasche Schnaps entwendeten oder der Tötung von Studenten, die ein paar Steine geworfen hatten.

Wir genießen in unserm Land Freiheiten, die revolutionäre Neuerungen waren, als sie zuerst eingeführt wurden und deren sich viele Länder der Welt noch heute nicht erfreuen. Wir haben eine Gesellschaft geschaffen, die ihren Bürgern nicht nur die vier Grundfreiheiten, sondern auch Freiheit vom Hunger, von Armut, von Zwangsarbeit und das Recht aus einen Arbeitsplatz verspricht.

Wir könnten eine Gesellschaft haben, die statt auf **übermäßigen Profit für die Wenigen** auf **Wohlfahrt für Alle** abzielt, in der jeder produktive und befriedigende Arbeit finden kann, statt am Förderband oder Schlange zu stehen, in der sich jeder an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligen kann, die ihn angehen. Das ist die freie Gesellschaft, die wir haben könnten.

Mein Vorfahr, Carter Braxton, gehörte zu denen, die das große Dokument unterzeichneten, in dem es heißt: 'Alle Menschen sind vom Schöpfer begabt mit gewissen unabdingbaren Rechten, darunter Leben, Freiheit und Glücksstreben. Wenn eine Regierung sie anzugreifen wagt, ist es das Recht des Volkes, sie zu ändern oder abzusetzen und eine neue einzusetzen, deren Macht sie so organisiert, daß sie Sicherheit und Glück fördert.'

Wir stehen hier ungeheuren und komplexen Problemen gegenüber, und unsere Gesellschaft vergiftet sie mit ihrer Gewalttätigkeit. Aber wir haben auch große Hilfskräfte zu unserer Verfügung, natürliche und menschliche. Wir müssen uns fragen, ob es nicht an der Zeit ist, die weisen Worte unserer Unabhängigkeitserklärung auf unsere Regierung anzuwenden. Aber wenn wir eine gewaltlose Gesellschaft bilden wollen, muß unsere Revolution gewaltlos sein. Ich habe deshalb die Gewaltlosigkeit als einen Lebensweg erwählt und als ein Mittel, die freie Gesellschaft bilden zu helfen. Sie kann nicht auf dem Grunde der Sklaverei stehen, und die Institutionen müssen zerstört werden, die ihrer Gründung widerstehen. Das System der Wehrpflicht ist eine dieser zerstörerischen Institutionen. Sie steht mir jetzt gegenüber. Ich muß ihre Legitimität ablehnen, ehe ich die Arbeit gewissenhaft tun kann, die notwendig ist und für die ich mich einzusetzen gedenke.

Ich kenne die damit verbundenen Gefahren, aber ich weiß auch, daß das Uebel triumphieren wird, wenn gute Menschen die Hände in den Schoß legen. Ich begehe das Verbrechen, mich zu weigern, an Mord und Sklaverei teilzuhaben. Sie, Herr Richter, haben die Aufgabe, mich wegen dieses Verbrechens zu bestrafen. Ich bitte Sie, diese Aufgabe im Lichte unserer Verfassung zu sehen, die Sklaverei verbietet, im Lichte der Nürnberger Entscheidungen, im Lichte der täglichen Kriegsgreuel in Vietnam. Endlich bitte ich Sie, sie zu sehen als die eines Menschen in

einer Gesellschaft, deren Macht und Ruhm letztlich auf Menschen wie Sie und ich ruht.

Ich habe meine Wahl getroffen und hege keinen Groll gegen Sie als Mensch. Aber ich will lieber von meiner Regierung ein Verbrecher genannt werden, als von meinem Gewissen ein Sklave oder Verräter. »

Uebersetzt von Karl Struve aus: «Peace News», 15. Jan. 1971

Griechenland, Diktatur und Widerstand

Der griechische Staatschef Papadopoulos hat in seiner am 19. Dezember 1970 von Radio und Fernsehen übertragenen Rede eine Bilanz der Tätigkeit seines Kabinetts gezogen. Er erklärt, daß am bisherigen Kurs nichts geändert werde. Demnach wird der bald vierjährige Ausnahmezustand aufrechterhalten und in seinem Gefolge die willkürlichen Verhaftungen. Das Athener Außerordentliche Militärgericht wird nach den im November-Dezember vorgenommenen Verhaftungen (über hundert) zu schließen, fortfahren, langjährige bis lebenslängliche Gefängnisstrafen wegen antinationaler Propaganda und subversiver Tätigkeit zu verhängen. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Rechtsordnung und Gewährung der in der rechtmäßigen Verfassung garantierten Bürgerrechte (Meinungs-, Rede-, Vereins- und Pressefreiheit) ist noch nicht in Sicht. Die noch nicht aufgelösten Gewerkschaften bleiben weiterhin von der Armee und der Sicherheitspolizei kontrolliert. Die Militarisierung der Hochschulen ist durch das im Januar 1969 in Kraft getretene Gesetz institutionalisiert worden. Das nach faschistischem Muster geschaffene «Kleine Parlament» hat keine Entscheidungsgewalt, sondern nur beratenden Charakter. Dieses Pseudoparlament bringt das Land in nichts der verfassungsmäßigen Ordnung näher. Die kürzlich im griechischen Amtsblatt veröffentlichten «institutionellen Gesetze», die teilweise ab 1. Januar 1971 in Kraft treten, sind, da das Parlament fehlt, mehr als eine Schaustellung von emsiger gesetzgeberischer Tätigkeit zu werten. Ihr Zweck ist unter anderem, von der gegenwärtigen Phase der Diktatur ohne Gefahr zu einer pseudoparlamentarischen Phase überzugehen. Auf Grund dieser institutionellen Gesetze kann der Ausnahmezustand nicht nur bei äußerer Gefahr, sondern auch bei «Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit von innen» ausgerufen werden (Rechtfertigung des Staatsstreiches vom 21. April 1967). Weiter geht aus dieser neuen Gesetzgebung hervor, daß die Omnipotenz des Oberbefehlshabers der Streitkräfte uneingeschränkt ist. Für den griechischen Bürger kann unter der heutigen Militärdiktatur eine demokratische Gesinnungsäußerung oder Kritik an der bestehenden Regierungsform Existenzbedrohung, Ver-